

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Mag. Markus Sint

betreffend:

**Pflegeausbildung darf nicht am Geld scheitern:
Studiengebühren für das FH Studium Pflege erlassen!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, analog zu den Bundesländern Steiermark, Kärnten, Burgenland und Vorarlberg, auf das Einheben von Studiengebühren für Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege in der Höhe von € 363,-/Semester zu verzichten und im Doppelbudget 2022/23 dafür die finanzielle Vorsorge zu treffen.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales** sowie dem **Finanzausschuss** zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht vom Pflegemangel berichtet wird, auch in Tirol ist dieser Mangel evident. Bis zum Jahr 2030 fehlen in Tirol 7000 ausgebildete Pflegepersonen.

Die vormals dreijährige Diplompflegeausbildung wurde mittlerweile durch den 3-jährigen Bachelorstudiengang Gesundheits- und Krankenpflege ersetzt. Seither werden Studiengebühren in der Höhe von €363,-- pro Semester eingehoben. Somit betragen die Studiengebühren für die sechs Semester insgesamt € 2178,--. Dazu kommt noch der ÖH Beitrag in der Höhe von €20,70/Semester. Die Gesamtzahl der Ausbildungsstunden beträgt rund 4000 Stunden, wobei die Hälfte auf die praktische Ausbildung entfällt. Die gesamten Praktikumsstunden werden unentgeltlich geleistet, es gibt auch keinerlei finanzielle Zuwendungen für Sonn- und Feiertage oder Nachtdienste und auch keine Erschwernis- und Gefahrezulage. Die PraktikantInnen der Gesundheits- und Krankenpflege leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betriebes auf den verschiedenen Stationen. Abhängig von ihrem Ausbildungsstand können die Auszubildenden fehlende Pflegekräfte ersetzen.

Für viele Familien in Tirol sind diese Studiengebühren angesichts des teuren Wohnens, des teuren Lebens und der geringen Einkommen schwer zu stemmen. Viele Interessenten für den Bachelorstudiengang Gesundheits- und Krankenpflege müssen sich während des Studiums, so wie andere Studierende auch, selber erhalten. Ein Unterschied ist jedoch, dass Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege neben dem Studium kaum einer anderen Teilzeitbeschäftigung z.B. am Wochenende nachgehen können, weil sie ja rund 2000 Stunden praktische Ausbildung leisten müssen und weil es bei dieser 40 Stundenverpflichtung und einem Dienstplan mit Nacht- und Wochenenddiensten nicht mehr möglich ist, für den Lebensunterhalt zu sorgen.

Nachdem es seit Einführung der akademischen Ausbildung keinerlei Vergünstigungen für Auszubildende in der Pflege mehr gibt, muss im Interesse von uns allen eine Form der Anerkennung für die vielen geleisteten Praktikumsstunden gefunden werden. Eine Form der Anerkennung und Wertschätzung, aber auch eine Möglichkeit, noch mehr Personen für die Ausbildung zu rekrutieren, wäre der Erlass der Studiengebühren. Die Bundesländer Steiermark, Kärnten, Burgenland und Vorarlberg machen es vor. In diesen vier Bundesländern werden keine Studiengebühren für Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege mehr eingehoben. Tirol soll diesen Beispielen folgen.

Im Anhang zu diesem Dringlichkeitsantrag liegt ein Leserbrief von Studierenden der Gesundheits- und Krankenpflege bei, der am 15. Oktober 2021 in der Tiroler Tageszeitung veröffentlicht worden ist.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich aus dem evidenten Personalmangel in der Pflege und der anstehenden Finalisierung des Doppelbudgets 2022/23.

Innsbruck, am 11. November 2021

Studierende fordern Sofortmaßnahmen

Thema: Pflege-Ausbildung.

Tagtäglich kann den Medien entnommen werden, wie groß der Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal derzeit ist, in Zukunft sein wird und wie wichtig es daher ist, den Pflegeberuf und die Ausbildung attraktiver zu gestalten.

Aber wie attraktiv gestaltet sich die Pflegeausbildung wirklich?

1950 Praktikumsstunden müssen absolviert werden, davon wird jedoch keine einzige Stunde entlohnt. Das sind 1950 Stunden, in denen Auszubildende gratis arbeiten. Hinzu kommt, dass durch die Akademisierung der Pflegeausbildung von Diplomausbildung zum Bachelorstudiengang nun Studiengebühren in Höhe von 363,36 Euro pro Semester anfallen. Im Wintersemester wird zudem noch der jährliche Sachmittelbeitrag von 60 Euro verrechnet. Der ebenfalls zu bezahlende ÖH-Beitrag beträgt 20,70 Euro pro Semester. Somit betrug die Rechnung des Wintersemesters 2021 exakt 444,06 Euro, welche die Studierenden für die Ausbildung an der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Innsbruck zahlen mussten. Die gesamten sechs Semester Studienzeit kosten einen Studierenden 2484,36 Euro. Sechs Semester, in denen die Studierenden 1950 unbezahlte Praktikumsstunden leisten,

keinerlei Zuschläge für Sonn- und Feiertage oder Nachtdienste erhalten und keinen Anspruch auf Gefahrenzuschläge haben. Ein Großteil der Studierenden gelangt übrigens mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Fachhochschule und zum Praktikum und benötigt somit ein Ticket.

Ausgehend von den Kosten ist es für den Großteil der Studierenden nahezu unmöglich, die Ausbildung ohne Unterstützung seitens der Eltern zu finanzieren. Hinzu kommt, dass es während der Praktikumszeit aufgrund der Dienstplangestaltung kaum möglich ist, einen regelmäßigen Nebenjob auszuüben und somit finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen.

Wenn man sich diese Tatsachen vergegenwärtigt, ist es nicht verwunderlich, dass Studierende bereits während der Ausbildung an ihrer Berufswahl zweifeln. Grund dafür sind zum einen die oben genannten Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung, zum anderen die bevorstehende Zukunftsperspektive. Als zukünftige Pflegepersonen erwarten die Studierenden eine verhältnismäßig niedrige Entlohnung, physische und psychische Überbelastung aufgrund eines massiven Personalmangels, lange Arbeitszeiten, Überstunden, kurze Pausen sowie Nacht- und Schichtdienste etc.

Laut Ministerium für Sozi-

ales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2021) können sich 65% der derzeit in der Pflege tätigen Personen nicht vorstellen, bis zu ihrer Pension in der Pflege zu bleiben. Weitere 15% haben konkrete Absichten, einer anderen Tätigkeit nachzugehen.

Der Zusatzbedarf und Erstbedarf an qualifizierten Pflegekräften beläuft sich zwischen 2017 und 2030 auf ca. 76.000 zusätzliche Pflegepersonen. Doch wie will man 76.000 zusätzliche Menschen für die Pflege generieren?

Unser Fazit: Ohne konkrete Veränderungen wird der Pflegemangel in keiner Weise verhindert, sondern befeuert werden. In weiterer Folge wird unser Gesundheitssystem aufgrund der hohen Aussteigerquote und fehlenden Nachwuchses kollabieren.

Unsere Forderungen: Sofortmaßnahmen! Diese inkludieren eine Verbesserung der Pflegeausbildung mit einer entsprechenden Entlohnung der Pflichtpraktika bzw. eine Erlassung der Studiengebühren für Bachelorstudierende des Studiengangs Gesundheits- und Krankenpflege.

Nur durch solche Maßnahmen kann die Pflegeausbildung attraktiver gestaltet und der Pflegemangel aufgefangen werden!

Anna Klocker, Selima Zamni, Regina Grünerbl, Lea Tanzer, Leonie Gstrein, Studentinnen der Gesundheits- und Krankenpflege

TT vom 15.10.2021